

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Beer, Dr. Mechttersheimer und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Erklärung der Bundesregierung über die Ergebnisse des Europäischen Rates und der Gespräche in Washington

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf der Grundlage der in Tokio zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten getroffenen Absprache hinsichtlich des Abzugs und der Neustationierung von chemischen Waffen folgende Punkte in vertraglicher, auch für zukünftige Regierungen beider Länder verbindlicher Form festzustellen:
 - a) Die in der Bundesrepublik Deutschland lagernden chemischen Massenvernichtungswaffen werden bis 1992 vollständig abgezogen.
 - b) Der für Januar 1988 angekündigte Beginn des Abzugs dieser chemischen Waffen wird unverzüglich in die Wege geleitet.
 - c) Eine Stationierung der binären chemischen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland erfolgt unter keinen Umständen; so auch nicht in Spannungskrisen oder Kriegszeiten.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für ein umfassendes, sofortiges weltweites Verbot für die Produktion, Lagerung und Einsatz chemischer Waffen einzusetzen sowie auf die USA einzuwirken, die im Dezember 1987 begonnene Neuproduktion binärer chemischer Waffen sofort wieder einzustellen.

Bonn, den 24. Februar 1988

Frau Beer

Dr. Mechttersheimer

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

